

LIBERALE PERSPEKTIVEN

1/2010

Anspruch auf Frieden

V
E
R
LIBERALER
AKADEMIKER
N
D

Inhaltsverzeichnis

Aufschlag	3
Gegen das Bleigewicht von Ungezogenheit und Unkultur	4
Die Wende – ein Sprung in die Freiheit	7
1989/90 als freiheitliche Revolution	9
Volkskammerwahl 1990	11

Impressum

Die Liberalen Perspektiven werden herausgegeben vom

VLA – Verband Liberaler Akademiker e.V.

Ackerstraße 3 b
D-10115 Berlin
Tel. 030/2838 94 21

Der VLA ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein und eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg unter Nr. 20 VR 2896.

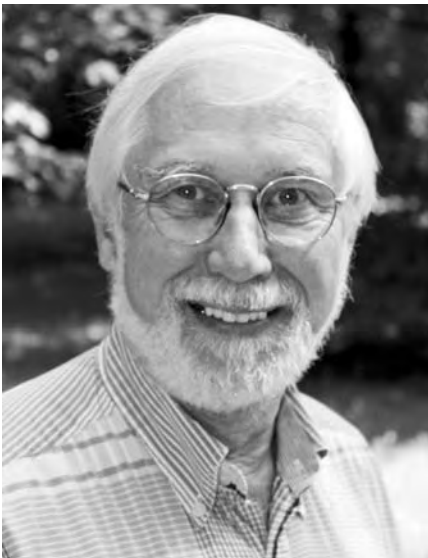
Bei Nachdruck wird ein Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und Satz:
Wolf Dermann (V.i.S.d.P)

Redaktionsadresse:
Wolf Dermann
Wellritzstr. 7
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 / 24 00 36 57

Druck:
Druckerei Herrmann
Großalbershof 85, 92237 Sulzbach-Rosenberg
mail@herrmann-offsetdruck.de

Bankverbindung des VLA:
Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kto. 2061 40-508



Liebe Conseniorinnen und Consenioren,
liebe Freunde des VLA!

Studenten die jetzt im Alter von etwa 18 bis 20 Jahren ihr Studium beginnen, haben die deutsche Teilung nicht selber miterlebt. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie es vor 20 Jahren war, als sich viele mit den Verhältnissen abgefunden hatten und an Wiedervereinigung gar nicht zu denken war.

Wiedervereinigung

Uwe Lühr, ein Zeitzeuge der vorangegangenen 40 DDR-Jahre, weist in diesem Heft im Interview mit VLA Vizepräsidentin Frau Brigitte Bremer darauf hin, dass es die Menschen der ehemaligen DDR waren, die „durch friedlichen Protest die Diktatur beseitigt und den Weg zu Freiheit und Demokratie geschafft haben, das alles ohne einen Tropfen Blut zu vergießen.“ Er erinnert auch an die historisch bemerkenswerte Leistung der ersten frei gewählten Volkskammer, die dann durch Selbstaflösung den Weg zur Wiedervereinigung freigemacht hat.

Die Daten und Fakten dazu habe ich hier im Heft aber auch auf unserer Homepage www.liberales-akademiker.de zum Stichtag „18.03.1990 Volkskammerwahl“ zusammengestellt.

In einem Gastbeitrag erinnert Dr. Ines Soldwisch von der RWTH Aachen an die Maueröffnung am 9. November 1989 und setzt sich kritisch mit der Rolle der LDPD auseinander. „Das Eintreten für die Freiheit und das radikale Brechen mit dem System haben im Herbst [1989] andere übernommen.“

Meine eigenen Erlebnisse der deutschen Teilung sind geprägt durch die Kontakte während

meiner Studienzeit in den Siebziger Jahren als Mitglied der evangelischen Studentengemeinde der TU Clausthal (früher Bergakademie) mit der Studentengemeinde der Bergakademie Freiberg in Sachsen. Über die jeweiligen Landeskirchen wurden Möglichkeiten geschaffen, dass wir uns in Ost-Berlin – Hauptstadt der DDR - persönlich treffen konnten. Vermutlich waren die Lauscher von „Horch und Guck“ immer dabei. Während wir beim Grenzübergang schon mal nach Gesprächspartnern befragt wurden, aber sonst unbehelligt blieben, waren diese Treffen für die DDR Studenten nicht ganz ungefährlich. Wenn ich heute von ehemaligen DDR-Bürgern höre, es sei ihnen früher besser gegangen, frage ich mich immer, ob sie zu denen gehört haben, die vom System profitiert haben oder zu denen, die darunter zu leiden hatten. Meine Sympathie gilt den Freunden aus jenen Tagen und allen Gleichgesinnten, für die die Freiheit das höhere Gut ist.

Anspruch auf Frieden

Zu unserem Pfingstseminar lade ich Sie herzlich ein. Ziel und Zweck der Auseinandersetzung mit der Friedensfrage ist dabei: „Was können wir für den Frieden tun?“

In der Diskussion über die Äußerung der früheren Bischöfin Käßmann wurde deutlich, dass das Denken ganz überwiegend um die Alternativen „militärisch intervenieren“ oder „sich ganz heraushalten“ kreist. Das Wissen um gewaltlos-aktive, „alternative“ Formen der Konfliktbearbeitung scheint in Politik und Medien wie in der Gesellschaft eher schwach verbreitet zu sein.

Unwissen, Vorurteile und Einfallslosigkeit prägen die Diskussion. Dem entgegenzuwirken, Aufklärung zu leisten, Horizonte zu erweitern – damit hoffen wir, eine erste Antwort auf die gestellte Frage geben zu können.

Nehmen Sie die Gelegenheit wahr, mit unseren Referenten, darunter Botschafter a.D. Rudolf Dreßler und Professor von Bredow in Münster zu diskutieren.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Osterfest gehabt zu haben und freue mich auf das Treffen zu Pfingsten in Münster.

Mit herzlichem Gruß
Ihr Michael Daemgen

Gegen das Bleigewicht von Ungezogenheit und Unkultur

**Zu Friedrich Naumanns 150.
Geburtstag am 25. März**

von Josef Tutsch

Was wäre geschehen, wenn ... ? Ja, wenn zum Beispiel Alexander der Große nicht in jungen Jahren gestorben wäre, wenn Luther im Kloster geblieben wäre, statt seinen Konflikt mit der römischen Kirche auszufechten, wenn Napoleon die Schlacht bei Leipzig gewonnen hätte? Wir haben uns angewöhnt, solche Fragen als müßige Träumereien beiseite zu schieben. Aber im Grunde handelt es sich ja nur um die Kehrseite eines Problems, das in jeder historischen Analyse enthalten ist: Wie konnte es dazu kommen, dass ...?

Eine Frage, die sich vor allem im Rückblick auf die großen Katastrophen stellt. Wie konnte es dazu kommen, dass die Weimarer Republik den Nationalsozialisten kampflos in die Hände fiel? Weil es so wenige überzeugte Demokraten gab, die dagegen hielten, lautet eine von vielen Antworten – nicht weiter verwunderlich; im alten Obrigkeitsstaat hatte es eine Erziehung zur Demokratie natürlich nicht gegeben. Und als die Republik 1918/19 endlich da war, wurden die Reihen der Demokraten durch biographische Zufälle weiter gelichtet. Man darf durchaus die Frage stellen, wie sich der Liberalismus in der Weimarer Republik hätte entwickeln können, wenn nicht Friedrich Naumann am 24. August 1919, wenige Wochen nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, verstorben wäre.

Friedrich Naumann – vielen heute wird dieser Politiker der wilhelminischen Ära in Deutschland, der vor 150 Jahren, am 25. März 1860, in einem Ort bei Leipzig geboren wurde, bloß noch durch die Friedrich-Naumann-Stiftung geläufig sein, eine der parteinahen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage drängt sich auf, wie Naumann zur liberalen Partei der Gegenwart in Deutschland, der FDP, stehen würde. Wahrscheinlich mit einer ganzen Reihe von Vorbehalten, die uns, ein Jahrhundert später, untereinander verwirrend widersprüchlich vorkommen: zu wenig sozial, zu wenig national, zu wenig christlich.

Nun ja, es wäre nicht weiter schwierig, aus Naumanns gesammelten Schriften eine Reihe von Zitaten zusammenzustellen, die vermutlich

niemand in die Traditionsgeschichte des Liberalismus einordnen würde. Zum Beispiel: „Die Arbeiter müssen unter allen Umständen die Grundlage des christlichen Sozialismus bilden.“ So zu lesen 1894 in einem Aufsatz unter dem Titel „Was heißt christlich-sozial?“ „Wir wollen alle diejenigen sammeln, die von ihrem Gewissen oder von ihrer wirtschaftlichen Einsicht aus dem selbstsüchtigen Bau der alten Gesellschaft herausgetrieben werden.“

Naumanns Liberalismus wurzelte eben nicht nur in der Aufklärung, sondern, historisch tiefergehend, im christlichen Evangelium. 1886 hatte er nach dem Studium der Theologie eine Pfarrstelle in einem Ort bei Glauchau übernommen und sich dann in Frankfurt am Main in der Inneren Mission betätigt. Aber ihm ging früh auf, dass sich allein mit Fürsorge für den einzelnen die soziale Probleme der Gegenwart nicht lösen ließen. Naumann suchte nach einem politischen Konzept, zunächst unter dem Signum „christlicher Sozialismus“ – heute würden wir nüchterner sagen: soziale Reform ohne politischen und weltanschaulichen Umsturz.

Es wird der Einfluss des Soziologen Max Weber und des Juristen Rudolf Sohm gewesen sein, der Naumann dazu brachte, zwischen christlichem Glauben und politischem Engagement zu unterscheiden. An die Stelle von „christlich“ trat nun „national“ – für uns mindestens ebenso missverständlich; aber gemeint war, dass die gegebenen politischen Strukturen nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden sollten. 1897 im Manifest des „National-Sozialen Vereins“, den Naumann mitbegründet hatte: „Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reform im Innern halten.“ Das Grundbekenntnis sei demzufolge: „Nationaler Sozialismus auf christlicher Grundlage“.

Was Naumann nicht daran hinderte, auf einer Vertreterversammlung dieses Vereins emphatisch auszurufen; „Deutschland dürstet nach wirklichem Liberalismus!“ Aber ist es wirklich nur die Begrifflichkeit, die uns ein Jahrhundert später verwirrt und manchmal auch erschreckt? Naumann hatte zweifellos nicht viel Sinn für terminologische Klarheit und für Systematik im Denken. „Dogmatiker überleben sich“, meinte er einmal achselzuckend, Nein, Naumann war kein

Sozialphilosoph, er wollte praktischer Politiker sein. Freilich – ein nachdenklicher Politiker, das ist ja keineswegs selbstverständlich. „Fern aller idealistischen Verblasenheit, ein wirklichkeits-hungriger Mensch“, schrieb Theodor Heuß 1919 in seinem Nachruf.

Aber er lebte in einer Epoche und in einer Gesellschaft, in der Parteien wenig Einfluss, Programme noch weniger Wirkung, die Politiker außer auf kommunaler Ebene kaum eine Möglichkeit hatten, praktische Erfahrung zu sammeln, selbst wenn sie wie Naumann lange Jahre im Reichstag arbeiteten. Da waren Begriffe wie „christlich“ und „national“ und „sozialistisch“ und eben auch „liberal“ noch nicht derart parteipolitisch verfestigt, wie wir das heute gewöhnt sind. Und natürlich war Naumann auch, in einem für uns oft befremdlichen Ausmaß, ein Kind seiner Zeit. Er bejahte vorbehaltlos das preußisch-deutsche Kaiserreich Bismarcks und Wilhelms II., einschließlich seiner imperialistischen Tendenzen.

Der „National-soziale Katechismus“ von 1897 ließ da keine Zweifel: „Sind noch große Kriege zu erwarten?“ „Ja, sehr große.“ „Können wir Deutschen uns nicht in den großen Kämpfen der Zukunft neutral verhalten?“ „Wir können es, wenn wir wollen, dass unser Volk untergeht.“ Man muss sich klar machen, wie eng in Naumanns Sicht die Möglichkeit von Demokratisierung und Sozialreform mit der politischen und ökonomischen Expansion verbunden war: Die „Gewinnung des Nationalsinns der Masse“ sei „das einzige Mittel der Erhaltung der deutschen Macht“. Denn: „Wer heute Deutschland stärken will, muss freie Bürger schaffen.“

„Liberaler Imperialismus“ lautete denn auch das Schlagwort, unter das Naumann 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, sein Buch „Mitteleuropa“ stellte, eine Abhandlung über die Kriegsziele. Er träumte von einem Zusammenschluss der Regionen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, natürlich unter Führung der größten politischen Macht in diesem Raum, des Deutschen Reiches. Dass die kleineren Nationen sich gegen einen solchen „Wirtschafts- und Militärstaat“ verwehrten, hat er erst ganz allmählich verstanden.

Ein „vaterländischer Sozialismus“. Aber Naumann meinte es, näher besehen, gar nicht „sozialistisch“, erst recht nicht im Sinne von Klassenkampf und Revolution. „Was wir von der Sozialdemokratie übernehmen müssen, ist der Gesichtspunkt von unten her“, argumentierte die frühe Schrift über den „christlich-sozialen“ Gedanken. „Wir bearbeiten die soziale Frage vom Standpunkte der Bedrängten, für die Bedrängten

und mit den Bedrängten.“ Und später in einer Abhandlung über „neudeutsche Wirtschaftspolitik“: „Die Arbeiter werden entweder emporgehoben, oder das Bleigewicht ihrer Unerzogenheit und Unkultur zieht uns alle niederwärts.“

Sollte sagen: Es sei im ureigensten Interesse der Bourgeoisie, dass die Proletarier sich bilden und „aufwärts wollen“. Und andererseits versuchte Naumann die Arbeiter zu überzeugen, der erfolgversprechende Weg sei eben die Bildung. Aus der Programmschrift des „National-sozialen Vereins“: „Wir gehören zur Gesamtbewegung des Sozialismus als deren politisch rechtsstehender Flügel“ – rechtsstehend im Sinne der Auffassung, dass „die arbeitende Masse nur dann etwas erreicht, wenn sie patriotisch und staatsertreu auftritt“. Und an anderer Stelle, für auf Abgrenzung bedachte Parteistrategen ganz grauslich zu lesen: „Die sozialdemokratische Bewegung gehört, insofern sie demokratisch ist, zum politischen liberalen Gedanken“:

Eine Haltung, die mit dem Wort „sozial-liberal“ zweifellos besser charakterisiert wäre als mit „sozialistisch“. „Wie werden Untertanen zu Staatsbürgern?“ Das war, in Naumanns Formulierung die Frage des alten, politischen Liberalismus. Sein neuer, sozialer Liberalismus fragte: „Wie werden Industrieuntertanen zu Industriebürgern?“ Naumann gab eine doppelte Antwort: Erstens durch Mitbestimmung, durch Beteiligung an den betriebswirtschaftlichen Entscheidungen. „Es entwickelt sich etwas, was man Betriebspatriotismus nennen könnte: der Betrieb sind wir alle!“ Und zweitens durch Begrenzung der Macht des Betriebs über seine Arbeiter – Arbeiterschutz also, zu bewerkstelligen über staatliche Gesetze.

Zwei Begriffe, die Unternehmer auch nach Naumann nicht allemal gern gehört haben. Aber: „Unsere Volksgesundheit und moralische Kultur fordert die Sicherung eines viel größeren Quantums von Menschentum (wir würden sagen: Menschenwürde), als es heute der Mehrzahl der abhängigen Arbeitenden zu Gebote steht.“ Eine „moralische Kultur“, die sich selbst aus christlichen Voraussetzungen verstand. Dennoch: „Wir wollen das Christentum nicht zur politischen Parteisache machen“ Hieß es im „National-sozialen Katechismus“ von 1897.

Aber das „wollen“ war erst die halbe Wahrheit, wie Naumann schmerzlich erkannte, als er im folgenden Jahr die Länder am östlichen Mittelmeer bereiste. Manches in dem späteren Bericht klingt fast ein wenig empört: „Jesus ging und ritt auf solchen Wegen, ohne etwas zu ihrer Besse-

„rung zu tun!“ Offenkundig war es ein Missverständnis, aus dem Neuen Testament irgendwelche „innerweltlichen Ideale“ ableiten zu wollen. „Es fiel für mich etwas dahin, was mir sehr wert gewesen war: der irdische Helfer, der alle Arten menschlicher Nöte sieht.“

Naumanns Folgerung: Staatliche Dinge seien „nicht aus dem Evangelium heraus zu entscheiden“, sie könnten „von Juden und Heiden gerade so gut entschieden werden wie von Christen, da zu ihrer Regelung nichts gehört als die Vernunft, nicht die Offenbarung“. Wenigstens in dieser Hinsicht ist unsere Politik heute auf dem Niveau, zu dem sich Naumann vor einem Jahrhundert durchgerungen hat. Schwieriger steht es mit seiner Vision einer neuen, wenn man so will: „sozial-liberalen“ Wirtschaftsordnung. Inwieweit sind Mitbestimmung und Arbeitsschutzgesetze wirklich geeignet, die „Industrieuntertanen“ zu „Industriebürgern“ zu machen? Wird dieses Ziel überhaupt gewollt, tragen andererseits die Mittel womöglich dazu bei, den Wirtschaftsprozess zu lähmen?

Dass Naumanns Ideen sich dazu eignen würden, ein Jahrhundert später im Maßstab eins zu eins umgesetzt zu werden, wird heute niemand behaupten wollen. Auch die Arbeitswelt hat sich gründlich gewandelt, an die Stelle des „Arbeiters“ treten immer mehr „Scheinselbständige“, also dem Schein nach bereits „Wirtschaftsbür-

ger“, wie man vielleicht sagen könnte, aber in einer sozialen Situation, die kaum weniger prekär ist als jene der Arbeiter in den Anfängen der industriellen Revolution,

Zurück in die Geschichte. 1918/19 schien der Augenblick gekommen, dass Naumann seine Reflexionen und Konzepte praktisch hätte erproben können. Aber bereits seine Arbeit an einer neuen deutschen Verfassung in der Weimarer Nationalversammlung musste er immer wieder unterbrechen. Halb und halb widerstrebend stimmte er zu, als die neue Deutsche Demokratische Partei ihn auf ihrem ersten Parteitag zum Vorsitzenden wählte. Es blieben ihm nur noch wenige Wochen. „Die Größe seiner Erscheinung“, schrieb der Freund Max Weber in einem Brief an die Witwe, „lag nicht in dem, was er wollte, sondern wie er es wollte und wie er seine Sache führte.“ Man könnte auch sagen: Weniger in seinen Antworten als in seinen Fragen. Und seine zentrale Frage ist aktuell geblieben: Wie werden Untertanen zu Bürgern, nicht nur im Staat, sondern auch in der Wirtschaft?

Josef Tutsch schreibt für scienzz.com

scienzz

Die Wende – ein Sprung in die Freiheit

Uwe-Bernd Lühr wurde am 17. März 1949 in Halle an der Saale geboren.

Der gebürtige Hallenser Lühr trat bereits im Jahre 1967 in die LDPD ein. Im selben Jahr nahm er nach dem Abitur sein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität in Halle auf, das er 1971 als Diplom-Ökonom abschloss. Nach dem Studium begann er seine Tätigkeit als EDV-Organisator im Rechenzentrum des Starkstrom-Anlagenbau Halle. Nach Ableistung des Wehrdienstes war er von 1973 bis 1984 als Gruppenleiter Ökonomie im gleichen Betrieb tätig.

Ab 1984 engagierte er sich als Abteilungsleiter für Wirtschaftsfragen im LDPD-Bezirksvorstand Halle und avancierte schließlich nach der politischen Wende zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Halle sowie zum stellvertretenden Vorsitzenden des wiederbegründeten FDP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Von Juni bis Dezember 1990 war Lühr Innendezernent und 1. Bürgermeister seiner Heimatstadt.

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 gelang ihm in seinem Wahlkreis in Halle – auch Dank der Wahlkampfunterstützung des populären Hallensers Hans-Dietrich Genscher – mit einem Ergebnis von 34,5 Prozent der Erststimmen der Gewinn eines Direktmandates, des ersten für die FDP seit 1957. Drei Monate später wählte ihn die FDP-Bundestagsfraktion zu einem ihrer Parlamentarischen Geschäftsführer.

Im November 1991 wurde Lühr anlässlich des Bundesparteitages in Suhl auf Vorschlag des damaligen FDP-Vorsitzenden Graf Lambsdorff zum Generalsekretär der FDP gewählt. Dieses Amt bekleidete er bis zum Wechsel des Vorsitzes im Juni 1993. Von 1993 bis 1995 übernahm er erneut die Funktion eines Parlamentarischen Geschäftsführers und von 1995 bis 1998 war er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament arbeitet Uwe Lühr seit 2003 als Leiter des Regionalbüros Halle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ist verantwortlich für die liberale Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt und im Freistaat Thüringen.

Brigitte Bremer: Herr Lühr, Sie sind schon im Jahr 1967 der LDPD beigetreten. Welchen Grund hatte es?

Uwe Lühr: Ich hatte vor, ein Ökonomiestudium aufzunehmen. Um zu verhindern von der SED umworben zu werden, trat ich in eine so genannte Blockpartei ein. Da mein Vater ein privater Einzelhändler war, lag es für mich nah, bei der LDPD Mitglied zu werden – zumal mein Vater auch dort Mitglied war.

BB: Wodurch unterschied sich die LDPD von der SED? Freie Wahlen, so wie wir es im Westen gewohnt waren, gab es ja nicht.

Uwe Lühr: Man konnte zumindest bei Parteiversammlungen der LDPD nahezu frei und offen reden. Des Weiteren wurde man nicht wie bei der SED in die Parteischulungen als Pflichtveranstaltungen eingebunden. Die Konsequenz war, dass man karrieremäßig ins Abseits gestellt wurde. Man konnte in der Regel nur etwas als SED Mitglied werden.

BB: Wie verlief die Zeit nach Ihrem Studium?

Uwe Lühr: Ich machte berufliche Karriere soweit es für Mitglieder einer Blockpartei möglich war. Zunächst leistete ich meinen Wehrdienst ab und war als Gruppenleiter Ökonomie im gleichen Betrieb tätig. 1984 wurde ich dann Abteilungsleiter für Wirtschaftsfragen im LDPD-Bezirksvorstand.

BB: Wie finanzierte sich die LDPD?

Uwe Lühr: Durch Mitgliedsbeiträge, durch parteieigene Betriebe und wie wir heute wissen durch Geldzuwendungen der DDR-Führung

BB: Wie lange im Vorfeld der Wende waren aus Ihrer Sicht schon Bewegungen bemerkbar?

Uwe Lühr: Ca. ein ¼ Jahr – könnte auch ein Jahr zuvor gewesen sein – ging es los?

BB: Wie machte es sich bemerkbar?

Uwe Lühr: Die LDPD wurde durch ihre Äußerungen immer kritischer und setzte sich ab. Insbesondere durch die Rede von Manfred Gerlach zum Tucholsky Jahr.

BB: Was war an der Rede so besonders?

Uwe Lühr: Es ist schwer zu sagen, da man aus heutiger Sicht kaum noch das herauslesen kann. Doch zur damaligen Zeit hatte man die Fähigkeit sehr viel zwischen den Zeilen herauszulesen.

BB: Wie haben Sie persönlich die Zeit vor der Wende erlebt.

Uwe Lühr: Die Versorgungslage wurde immer schlimmer und der Unmut nahm zu. In Halle fanden die Montagsdemonstrationen genauso statt, wie in anderen Städten zum Beispiel Leipzig. An denen habe ich natürlich regelmäßig teilgenommen, obwohl es sehr risikoreich war.

BB: Inwiefern risikoreich?

Uwe Lühr: Ich hätte damals jederzeit meinen Job verlieren können.

BB: Auch als Mitarbeiter der LDPD?

Uwe Lühr: Ja!

BB: Wo und wie haben Sie den 09.11.1989 erlebt?

Uwe Lühr: Ich war am 09.11.89 in Bochum. Meine Tante feierte ihren 60igsten Geburtstag und ich hatte eine Besuchserlaubnis erhalten, was zu solchen Feierlichkeiten möglich war. Es war für mich ein sehr emotionaler Moment.

BB: War geschah danach?

Uwe Lühr: Ich reiste gleich zurück. Unser Bezirksvorstand hatte zu der Zeit noch nicht verstanden was los war. Ich wies darauf hin, dass wir uns auch auf Wahlen einstellen mussten. In Folge wurde ich zum Wahlkampfleiter für den damaligen Bezirk Halle gewählt. Es waren die ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR.

BB: Was genau haben Sie gemacht und wann war das?

Uwe Lühr: Ich war Wahlkampfleiter für den Bund Freier Demokraten des Bezirks Halle –so war das damals eingeteilt. Der BFD war ein Wahlbündnis liberaler Parteien in der DDR. Es entstand am 12. Februar 1990 im Vorfeld der ersten freien Volkskammerwahl. Mitgliedsparteien waren die ehemalige Blockpartei LDPD, die Deutsche Forumspartei (DFP) und die F.D.P. der DDR.

Die Volkskammerwahl 1990 war die erste Wahl zur Volkskammer der DDR, die demokratischen Wahlgrundsätzen entsprach. Sie fand am 18. März 1990 statt. Und die Wahl war relativ erfolgreich.

BB: Was heißt relativ erfolgreich?

Uwe Lühr: Der Bund Freier Demokraten war mit 5,3 % und insgesamt 21 Sitzen vertreten. Wir reichten im Bezirk Halle sogar 10 % der Stimmen. Was natürlich auf Hans-Dietrich Genscher zurückzuführen ist, da Halle seine Geburtsstadt war. Danach kamen die ersten freien Kommunalwahlen.

BB: Wann war das?

Uwe Lühr: Das war am 6. Mai.1990 und ich wurde in deren Folge Innendezernent und erster Bürgermeister meiner Heimatstadt Halle /Saale.

BB: Wie ging es dann weiter?

Uwe Lühr: Die liberalen Parteien der beiden deutschen Staaten schließen sich am 11. August in Hannover auf dem Vereinigungsparteitag zur ersten gesamtdeutschen Partei zusammen, der neuen FDP. Neben dem bisherigen Vorsitzende der FDP-West, Otto Graf Lambsdorff werden als Stellvertreter Rainer Ortleb (früher Bund Freier Demokraten) und Bruno Menzel (DDR-FDP) gewählt. Schon am 23. August 1990 beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990. Infolge fand die erste gemeinsame Wahl zum Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 statt.

BB: Bei den Wahlen erhielten Sie mit 34,5 Prozent ein Direktmandat, was in der Gesamtdeutschen Geschichte der FDP bis dahin nur Heinrich Schneider 1957 in Saarland erzielt hatte.

Uwe Lühr: Ja, man muss dabei sehen, dass es natürlich ein Verdienst der Unterstützung durch Hans-Dietrich Genscher war aber auch durch das Einzelhandelsgeschäft meines Vaters war der Name „Lühr“ stadtbekannt. Ich denke, auch durch meine Zeit als Bürgermeister und Innendezernent von Halle habe ich zum positiven Renommee beigetragen.

BB: Wenn Sie aus heutiger Sicht zurückschauen, was ist in der Zeit geschehen, was für Sie besonders erwähnenswert ist?

Uwe Lühr: Ich denke, das wichtigste ist, dass die Menschen der ehemaligen DDR durch friedlichen Protest die Diktatur beseitigt und den Weg zu Freiheit und Demokratie geschafft haben, das alles ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. Ich denke das ist eine historische Leistung, die nicht hoch genug geschätzt werden kann. Bemerkenswert ist und besonders hervorheben möchte ich, dass die erste frei gewählte Volkskammer sich als Parlament selbst aufgelöst hat, um den Weg für den Prozess der Wiedervereinigung zu einer Gesamtdeutschen Einheit freizumachen. Erst dadurch konnte eine gemeinsame Bundestagswahl stattfinden.

BB: Und wie würden Sie die Erlebnisse für sich zusammenfassen?

Uwe Lühr: Ich hatte die Gelegenheit in den ersten Jahren nach der Vereinigung als Abgeord-

neteter des Deutschen Bundestages in herausragenden Funktionen aktiv den Einigungsprozess mit zu gestalten. Nicht immer war alles im Ergebnis so, wie wir es uns vorgestellt haben. Doch ich bin bis heute jeden Tag dankbar dafür, wie es gekommen ist. Wir leben in Freiheit. Wir haben freie Wahlen. Freiheit hat uns Mut gemacht, über unsere eigenen Grenzen hinauszuwachsen. Wir sind damals ins kalte Wasser gesprungen und haben die Freiheit, das höchste Gut für einen Liberalen erlangt.

BB: Ich bedanke mich für das Gespräch.

Das Interview führte Brigitte Bremer, Leiterin der Theodor-Heuss-Akademie und Vizepräsidentin des VLA

1989/90 als freiheitliche Revolution

Von Ines Soldwisch

Fast unüberschaubar ist sie inzwischen geworden, die Literatur über den Herbst/Winter 1989/90, der zu *dem* welthistorischen Ereignis wurde. Je nach Berücksichtigung von innen- und außenpolitischen, kulturellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Akteuren, Motivationen und Ursachen hielt es unter den Begrifflichkeiten der Wende, des Umbruchs, des Zusammenbruchs, der Implosion und der Revolution Einzug in die deutsche Geschichte.

Viele hunderttausend Menschen haben im Herbst 1989 ihrem Willen Ausdruck verliehen, in einer freiheitlichen, demokratischen Ordnung leben zu wollen: durch Mitwirken in Kirchenkreisen, Friedensgruppen, politischen und Bürgerrechtsbewegungen (NF, DJ), durch Teilnahme an Friedensgebeten, an Demonstrationen und Kundgebungen, aber auch durch Flucht und Ausreise. Diese freiheitliche Revolution in Deutschland ist in ihrem Verlauf und mit dem Ergebnis eines geeinten Nationalstaates aus eigener Anstrengung einzigartig und eine wahr-

haft „tektonische Umwälzung“¹. Der Drang nach Freiheit ließ Menschen in der DDR ihre Angst vor der ehemals übermächtig scheinenden Staatsgewalt überwinden und zunächst ein freies Volk in einem demokratischen und freiheitlichen Sozialismus, bald darauf aber ein einziges einiges deutsches Volk zu fordern. Im Frühherbst 1989 zeigte das Zentralkomitee der SED erste Auflösungserscheinungen, demonstrierte gleichzeitig im eigenen Handeln die Nichtakzeptanz dieses Freiheitswillens der Bürgerinnen und Bürger des eigenen Staates. Als er ster vier Blockparteien der DDR hatte die LDPD schon im Frühjahr 1989 mit Manfred Gerlach an der Spitze in den „LDPD-Informationen“ selbstbewusst den Anspruch auf künftige stärkere Mitgestaltung der Politik angemeldet. Im Herbst gleichen Jahres forderte er sogar, sich vom dogmatischen Kurs der SED abzusetzen, indem er öffentlich verkündete, auch LDP(D)-Mitglieder seien aus Resignation in die Bundesrepublik

1 Eckard Jesse: Die friedliche Revolution 1989/90, In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, hrsg. von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert, Paderborn u.a. 1996, S. 196.

geflüchtet und indem er die Menschen in der DDR aufforderte, „Neues zu entdecken und durchzusetzen“. Doch die Hoffnungen, nicht nur der Liberaldemokraten, auf einen neuen freiheitlichen Kurs, wurden schon im November gedämpft, als Gerlach nun von der LDPD als einer „demokratischen Partei im Sozialismus“² sprach. Diese „intransigente Haltung“³ Gerlachs hat die LDPD im Prozess der Wiedervereinigung viel gekostet. Das Eintreten für die Freiheit und das radikale Brechen mit dem System haben im Herbst andere übernommen.

Es war ein mutiger Teil der Bevölkerung im Süden, dann auch im Norden, die ihren Drang nach Freiheit in 40 Jahren DDR immer noch spürten und jetzt auf die Straße gingen, um dieses Menschenrecht einzufordern. Die Maueröffnung am 9. November war ein bedeutendes Ereignis, vielleicht das auch symbolisch bedeutungsreichste in dieser freiheitlichen Revolution, die in der Wiedervereinigung des deutschen Volkes mündete.

Die Ereignisse 1989/90, die zu einem vereinten Deutschland geführt haben, sind jedoch nicht nur deutschlandpolitisch von großer Bedeutung. Der Drang nach Freiheit und Rechtstaatlichkeit begann sich in ganz Europa durchzusetzen. Erfolgreiche Revolutionen waren 1989/90 Voraussetzung für die Entstehung demokratischer Republiken in den östlichen Staaten Europas. Somit schließt sich durch die Wiedervereinigung auch ein Kapitel getrennter europäischer Geschichte und ein neues der geeinten europäischen Geschichte ist aufgeschlagen.

Dr. Ines Soldwisch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der RWTH Aachen und Vertrauensdozentin der FNST für die Freiheit

2 Jürgen Frölich: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). In: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.): Die Parteien und Massenorganisationen der DDR, Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 322.

3 Ebd. S. 323.

Volkskammerwahl 1990

Vor 20 Jahren, am 18. März 1990 fand Die Volkskammerwahl 1990 statt. Es war die erste Wahl zur Volkskammer der DDR, die demokratischen Wahlgrundsätzen entsprach. Gleichzeitig war es auch die letzte Volkskammerwahl.

Zur Wahl trat auch der erst sechs Wochen vor der Wahl gegründete Bund Freier Demokraten (BFD) an, eine Listenverbindung liberaler Parteien in der DDR. Mitgliedsparteien waren die ehemalige Blockpartei „LDPD“, die „Deutsche Forumpartei“ (DFP) und die „F.D.P. der DDR“, die sich später (am 11. August 1990) mit der westdeutschen F.D.P. zur gesamtdeutschen F.D.P. zusammenschlossen.

Die Wahlbeteiligung lag bei 93 % und war damit die höchste Beteiligung, die es jemals bei einer überregionalen deutschen Wahl gegeben hat. Zur Präsidentin der Volkskammer wurde Dr. Sabine Bergmann-Pohl (CDU) gewählt.

Das liberale Wahlbündnis BFD erhielt insgesamt 21 Sitze (5,3 %). Die Parteien des BFD beteiligten sich anschließend an der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière. Stellvertretende Regierungssprecherin wurde Angela Merkel.

Als Meilensteine der Parlamentstätigkeit gelten die Verabschiedung der Kommunalverfassung der DDR vom 17. Mai 1990, des Verfassungsgrundsatzgesetzes vom 17. Juni 1990 sowie des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990, der zum 1. Juli 1990 in Kraft trat. Am 23. August 1990 trat die DDR mit Wirkung zum 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik bei, und die Volkskammer löste sich auf. Ihre Legislaturperiode hatte somit nur gute sechs Monate gedauert. 144 Volkskammerabgeordnete wurden am 3. Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Am 2. Dezember 1990 folgte die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl.

